

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

SVP stärkste Fraktion

Nach dem historischen Wahlerfolg übernimmt die SVP Führung und fordert mit Samuel Schmid und Christoph Blocher zwei Bundesratssitze. Es liegt nun an den anderen Parteien zu entscheiden, ob sie mit der SVP oder gegen die SVP regieren wollen.



Bild: SPB, M. Bieri / Grafik: SRG

Miteinander für unser Land

Seite 3

Der Baumeister des SVP-Erfolgs, Ueli Maurer, analysiert die Wahlergebnisse.

Ja zur Verwahrungssinitiative

Seite 6

Am 8. Februar stimmen wir über die lebenslange Verwahrung von Sexual- und Gewalttätern ab.

Neue Fraktionsmitglieder

Seiten 8-10

Von den 13 neuen SVP-Nationalräten kommen 7 aus der Suisse romande.



Die ganz grossen Fragen

Die Wahlen sind vorbei. Jetzt soll wieder gelten, dass seiner Partei am besten dient, wer seinem Land am besten dient. Es ist Zeit, sich mit Ernst den ganz grossen politischen Fragen zuzuwenden. Diese Fragen sind drei, der **Haushalt**, die **Unabhängigkeit** des Landes und die **Eigenverantwortung** seiner Bewohner.

Die **Eigenverantwortung** ist zu stärken. Es gilt, das Entstehen von Abhängigkeitskulturen zu verhindern. Es steht einem reichen Land gut an, zu helfen, wo Not ist. Wer sich aber selber in Not bringt, hat den *tragbaren* Teil der Konsequenzen auch wieder *selbst* zu tragen. Hier hat *die Erziehung* das Meiste zu leisten, das Recht kann aber der Erziehung zu Hilfe kommen.

Nur freie, eigenverantwortliche Schweizerinnen und Schweizer werden die nationale **Unabhängigkeit** behaupten können. Diese Unabhängigkeit ist eine Voraussetzung unserer politischen Existenz: Unsere besondere, vom Volk und von den Ständen gewollte, einzigartige politische Kultur ist der wichtigste Grund dafür, dass es die Schweiz gibt. Wenn diese politische Kultur weiterexistieren soll, muss sie sich mit relevanten Dingen beschäftigen, nicht mit den Brosamen, welche vom Tisch ferner Bürokraten in fernen Hauptstädten auf die gönnerhaft geduldeten Provinzparlamente herunterfallen! Unsere Unabhängigkeit ist nicht umsonst. Unabhängig sein kostet Denken, kostet Arbeit, kostet Verzicht darauf, was wir uns nicht leisten können.

Das bedeutet einen ausgeglichenen **Haushalt**. Gelingt es, einer, politisch gesehen, ans Leben über ihre Verhältnisse gewöhnten Generation – also uns – rechtzeitig den Sinn für die Verantwortung vor der Geschichte zu vermitteln? Kein Mass an rechtsverbindlichen Dokumenten aus dem Bundeshaus kann für sich allein die vorhandene Neigung brechen, die Ausgaben stärker wachsen zu lassen als die Einnahmen. Wenn wir als Schweizerinnen und Schweizer weiter zusehen, wie die Ausgaben der öffentlichen Haushalte etwa doppelt so stark wachsen wie das Bruttoinlandprodukt, gefährden wir die Zukunft unserer Kinder. Der Bund muss, der Bund kann aber auch sparen, überall. Das bedeutet, dass wir – als Bürgerinnen und Bürger – gegenüber dem Bund bescheidener werden müssen, dass wir nicht viele neue Projekte in Angriff nehmen können, bevor wir den laufenden Prozess des weiteren Absinkens in den Schuldenmorast angehalten haben.

Die drei Fragen hängen eng zusammen: **Unabhängig** können wir bleiben, wenn wir nicht über unsere Verhältnisse leben. **Ausgeglichene Haushalte** bedeuten weniger Leistungen von den öffentlichen Händen und dies erfordert eine hoch ausgeprägte **Eigenverantwortung** aller Bewohner des Landes. Der Spruch ist alt, er kann – wie alles auf der Welt – auch missbraucht werden, aber er ist wertvoll und wahr und beherzigenswert: „*Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott*“.

Bundesrat Samuel Schmid

Agenda 2004

An seiner letzten Sitzung hat der Leitende Ausschuss die wichtigsten Termine fürs Jahr 2004 festgelegt. Nächstes Jahr finden vier Delegiertenversammlungen statt.

Die ersten Wochen des neuen Jahres werden aus politischer Sicht spannend. In einem Kurzabstimmungskampf müssen die Kampagnen für die eidgenössische Volksabstimmung vom 8. Februar geführt werden. Die SVP wird die Parolen für die drei Geschäfte, Avanti-Gegenvorschlag, Mietrechtsrevision und Verwahrungs-Initiative an der Delegiertenversammlung vom 10. Januar fassen.

Weitere Delegiertenversammlungen finden am 27. März, am 21. August und am 16. Oktober statt. Die Daten der weiteren eidgenössischen Volksabstimmungen sind der 16. Mai, der 26. September und der 28. November.

Thematische Schwerpunkte gibt es nächstes Jahr bei der Steuer- und Sozialpolitik. Über die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV und die

AHV muss zwingend das Volk abstimmen. Hier könnte eine interessante Konstellation eintreffen, dass nämlich die SVP mit Unterstützung der Wirtschaftsverbände gegen die Koalition der Steuererhöher aus SP, FDP und CVP antritt. Nach dem Zustandekommen des Kantonsreferendums wird auch das Steuerpaket an die Urne kommen. Hier wird sich die SVP mit aller Kraft für eine Reduktion der zu hohen Steuerlast einsetzen.

Sozialpolitisch werden zwei Entscheide über den Ausbau der Leistungen zu fällen sein.

Die Linke hat das Referendum gegen die 11. AHV-Revision ergriffen, weil damit die Leistungen zu wenig ausgebaut würden. Die SVP ergreift ihrerseits das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung, um so eine weitere teure Aufblähung des Sozialstaates zu vermeiden. ◀

*Am Anfang
jeder starken
Werbung steht
das Inserat!*

Inseratetarif auf www.svp.ch

Miteinander für unser Land

Die eidgenössischen Wahlen brachten unserer Partei den grössten Erfolg ihrer Geschichte. Es ist 50 Jahre her, dass eine Partei einen noch höheren Wähleranteil erzielte als wir. Eine klare, verständliche und verlässliche Politik, verbunden mit harter Knochenarbeit in den Kantonen ist die Grundlage dieses Wählerzuwachses.

Aber auch das muss erwähnt werden: wir haben von der historischen Schwäche der Mitteparteien profitiert. Dieser scheinbar nicht aufzuhaltende Zerfall ist ebenso bemerkenswert wie der Erfolg der SVP. Besonders zu erwähnen ist der gewaltige Zuwachs in der Romandie. Noch vor wenigen Jahren wurde unsere Partei verdammt und beschuldigt, den Röstigraben aufzureissen. Heute ist es ausgerechnet die SVP, die zur Brückenbauerin über die Sprachgrenzen wird, indem sie den bürgerlichen Kräften, die für eine unabhängige und neutrale Schweiz eintreten, eine Plattform und ein Sprachrohr bietet. Die SVP ist heute eine echte, gesamtschweizerisch gut verankerte Volkspartei. Verloren haben in diesen Tagen nicht nur die Mitteparteien, verloren haben auch jene Medien, die uns während Jahren systematisch dämonisiert haben.

Das Schwierigste kommt noch

Eigentlich ist verlieren viel einfacher, man kann aus den Fehlern lernen, alles besser machen und wieder gewinnen. Nichts aber ist schwieriger zu bewältigen als eine Reihe guter Jahre. Man wird die Reife der Partei am Ergebnis in vier Jahren messen können. Rund 600'000 Wählerinnen und Wähler haben unser Programm unterstützt und unsere Vertreter gewählt. Darunter sind Zehntausende, die sich

angewidert von anderen Parteien abgewendet haben. Enttäuscht darüber, dass man sie nicht ernst genommen hat, dass Pöstchen und Ansehen vor die Sorgen der Bürger gestellt wurden. Politiker und Parteien laufen stets Gefahr, sich unter der Käseglocke des Erfolges in Selbstzufriedenheit auszuruhen.



Die wirklichen Sorgen und Nöte der Bevölkerung werden erhaben von sich gewiesen, Probleme schön geredet. Wer sich sein eigenes Gärtchen gebaut hat, schützt seine Pfründe und baut sie aus. Davor werden wir in den nächsten Jahren nicht gefeit sein.

Viele werden versuchen, im SVP-Express ein Pöstchen zu ergattern. Damit würde die Glaubwürdigkeit der Partei erschüttert. Man hat uns gewählt, damit wir die Wahlversprechen umsetzen, mit aller Kraft und aller Konsequenz. Wir haben einen Auf-

trag zu erfüllen und eines sage ich: wer sich in dieser Partei - auf welcher Stufe auch immer - nicht mit aller Kraft für diesen Auftrag einsetzt, hat bei uns nichts zu suchen, dafür werde ich persönlich sorgen. Wir haben keinen Sieg zu feiern, auf uns wartet Mühsal und Arbeit. Auf uns schauen viele Augen, auf uns hoffen Hunderttausende in diesem Land. Wir müssen die politische Glaubwürdigkeit um jeden Preis stärken, sie ist unser höchstes Gut. Die Mitteparteien haben für ihre Pöstchen und Günstlingswirtschaft teuer bezahlt. Die Verfilzungen - etwa bei der Swisssair - haben die Parteien handlungsunfähig und unglaubwürdig gemacht.



► Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz, Wernetshausen (ZH)

Bedeutung. Unserer Partei kommt bei diesen Geschäften eine zentrale Führungsrolle zu, wir müssen diese im Bundesrat konsequent mit unseren stärksten Vertretern glaubwürdig und kraftvoll umsetzen. Die Probleme sind von derartiger Tragweite, dass dazu alle Kräfte eingebunden werden müssen. Als stärkste Partei und stärkste Fraktion tragen wir eine grosse Verantwortung. Das erheischt Respekt und erfordert Ausdauer, Gründlichkeit und Hartnäckigkeit. Wir verfügen dazu über frische Kräfte im Parlament und über erfreulich viele Junge an der Basis. Diese sind vermehrt in die Parteigremien einzubeziehen.

Alte Probleme - frische Kräfte

Unser Land hat schwierige Aufgaben zu lösen, die keine Halbheiten dulden. Ich denke an die steigende Staatsquote, die unerträgliche Fiskalquote, die steigende Verschuldung, die ungedeckten Sozialwerke und deren Missbrauch, den Asylrechtsmissbrauch, die bald unbezahlbaren Krankenkassenprämien, die zunehmende Kriminalität usw. Die Frage der Unabhängigkeit und Neutralität, der Freiheit und Souveränität ist nach wie vor von zentraler

Wir können die Arbeit der kommenden Jahre zuversichtlich und selbstbewusst, aber keineswegs selbstherrlich oder arrogant angehen. Wir werden dazu auf Bewährtem aufbauen, Vieles verbessern und Neues einbringen. Damit danke ich allen Wählerinnen und Wählern und allen Parteimitgliedern für die Arbeit in den letzten vier Jahren und fordere alle auf, sich in den nächsten Jahren noch stärker für die Anliegen unserer Wähler und zum Wohle der Schweiz einzusetzen. ◀

Abstimmungen 8. Februar 2004

(SVP) An seiner wöchentlichen Sitzung hat der Bundesrat festgelegt, welche Abstimmungsvorlagen am 8. Februar 2004 vors Volk kommen. Es sind der Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative, die Revision des Mietrechts sowie die Volksinitiative zur Verwahrung extrem gefährlicher Straftäter.

Da die Avanti-Initiative zurückgezogen wurde, kommt der Gegenentwurf alleine vor den Souverän. Er beinhaltet neben dem Bau der 2. Gotthardröhre ein Programm zur Fertigstellung und zum Kapazitätsausbau des Nationalstrassennetzes sowie zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den Agglomerationen. Ausserdem wird eine alte SVP-Forderung erfüllt: Aus den zweckgebundenen Erträgen der Mineralölsteuer wird ein Fonds gebildet. Nur so

wird garantiert, dass die Benzinsteuern auch wirklich für Bau und Unterhalt von Strassen verwendet werden.

Zudem wird am 8. Februar 2004 auch über die Revision des Mietrechtes abgestimmt. Statt die Mietzinsen wie bisher an die Hypothekarzinsen zu koppeln, soll neu die Kostenmiete eingeführt werden. Das Parlament hatte diese Vorlage als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative des Mieterverbandes ausgearbei-

tet, die am 18. Mai an der Urne abgelehnt wurde.

Ebenfalls vors Volk kommt die Initiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Gewalt- und Sexualstraftäter“. Mit dieser Initiative, die im Parlament von der SVP-Fraktion unterstützt wurde, soll bei nicht thera-

pierbaren Gewalttätern ein konsequentes Haftregime ohne frühzeitige Entlassung und ohne Hafturlaub eingeführt werden.

Die SVP wird die Parolen an ihrer Delegiertenversammlung vom 10. Januar fassen, die im Kanton St. Gallen, voraussichtlich in Wil, stattfinden wird. ◀



**Immer aktuell informiert:
SVP-News auf Ihrem Handy!**

Jetzt anmelden!

Senden Sie ein SMS mit dem Text „SVP ON“ an die Kurznummer 939 (40Rp./SMS) oder benutzen Sie die Online-Anmeldung auf www.svp.ch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com





Erdrutschart in der Suisse romande!

Völlig unerwartet wurde die SVP in der Westschweiz stärkste bürgerliche Partei und gewann nicht weniger als 7 Sitze hinzu! Als echte Sensation kann der Sitzgewinn der SVP Neuenburg, nur zwei Jahre nach ihrer Gründung, gewertet werden.

Die Westschweiz kam am 19. Oktober nicht mehr aus dem Staunen heraus. Zwar wurde allgemein ein Vormarsch der SVP in der Suisse romande erwartet. Dass jedoch zu den drei bisherigen Romands in der SVP-Fraktion nicht weniger als sieben neue hinzukamen, war völlig unerwartet. Die SVP ist neu mit 10 welchen Nationalräten in der grossen Kammer stärker vertreten als die FDP, die CVP und die Liberalen. Nicht nur bezüglich Sitzzahl, sondern auch mit ihrem Wähleranteil von ca. 20 % überrundete die SVP die anderen bürgerlichen Parteien.

Sensation in Neuenburg

Am eindrücklichsten ist wohl das Ergebnis der SVP Neuenburg. Vor zweieinhalb Jahren suchte die SVP mit Inseraten nach Interessierten für die Parteigründung, die im August 2001 erfolgte. Ohne vorher zu kommunalen oder kantonalen Wahlen antreten zu können, stieg die SVP Neuenburg gleich in die Nationalratswahlen ein. Mit sensationellen 22.4 % gewann sie mit ihrem Präsidenten Yvan Perrin nicht nur einen Sitz, sondern wurde auf Anhieb stärkste bürgerliche Partei und gleich noch stärkste SVP-Sektion der Westschweiz. Dieses Ergebnis hatten selbst die grössten Optimisten nicht erwarten dürfen. Bisher brauchte es nach Sektionsgründungen stets eine Aufbauarbeit von 5-10 Jahren, bevor die Schwelle von 20 % überschritten werden konnte.

4 Sitze in der Waadt

Nachdem die SVP Waadt bereits 1999 ihre Sitzzahl von

Kanton	1999	2003	Sitze 99	Sitze 03
FR	11.4	21.4	-	1
TI	5.3	7.6	-	-
VD	10.7	20.8	2	4
VS	9.0	13.4	-	1
NE	-	22.4	-	1
GE	7.5	18.3	-	2
JU	7.2	8.3	-	-

1 auf 2 ausbauen konnte, kamen dank 10 zusätzlichen Wählerprozenten gleich zwei weitere Sitze dazu. Die SVP ist im Kanton Waadt bezüglich Wähleranteil nur unwesentlich schwächer als die SP und überrundete die lange Zeit dominierenden Freisinnigen und Liberalen. Mit ihren 4 Nationalräten liegt sie nun mit der FDP und der SP gleichauf.

Die Marke von 20 % überschritt auch die SVP Freiburg. Das starke Resultat der kantonalen Wahlen 2001, als die SVP FR ihre Sitzzahl verdoppelte, wurde weit übertroffen. Der allgemein erwartete Sitzgewinn im Nationalrat - der Kanton profitierte von der Volkszählung mit einem zusätzlichen Mandat - wurde komfortabel erreicht, zum zweiten Sitz fehlt nicht mehr viel. Der Zuwachs der SVP ging vor allem auf Kosten der ehemals dominierenden CVP, die über 8 % verlor und nun kaum noch stärker ist als die SVP. Die FDP verlor weiter und ist noch etwa halb so stark wie die SVP.

G8-Versagen nicht ohne Wirkung

Zu zwei Sitzgewinnen reichte es im Kanton Genf. Im von den G8-Ausschreitungen geschüttelten Kanton konnte die SVP dem Freisinn und der CVP einen Sitz wegschnappen. Auch hier war allgemein von einem Sitzgewinn ausgegangen worden. Niemand

hatte aber damit gerechnet, dass die SVP ihren Wähleranteil mehr als verdoppeln würde.

Neben NE und GE reichte es

der SVP auch im Kanton Wallis erstmals zu einem Sitz. Obwohl die Verhältnisse im Wallis nach wie vor sehr stabil sind - Verschiebungen bei den Wähleranteilen gab es in viel kleinerem Ausmass als in anderen Kantonen - reichte es für den Sitzgewinn, der 1999 nur Monate nach der Gründung der Kantonssektion ganz knapp verpasst wurde. Erstmals seit Menschengedenken rutschten die C-Parteien unter die 50 %-Marke und stellen noch 3 von 7 Sitzen.

Kaum zulegen konnte die SVP schliesslich im Kanton Jura. Dies mag daran liegen, dass in diesem Kanton nur zwei Nationalratssitze zu vergeben sind und es daher völlig klar war, dass die Sitze an andere Parteien gehen würden. Der Jura ist damit der letzte Westschweizer Kanton ohne SVP-Nationalrat.

Yves Bichsel
Pressesprecher

Durchbruch im Tessin knapp verpasst



Noch am Nachmittag des Wahlsonntags sah es nach einer faustdicken Überraschung aus. Hochrechnungen sagten der SVP TI ihren ersten Nationalratssitz voraus. Leider reichte es am Schluss nicht ganz. Dass nur 350 Wähler für einen Sitz fehlten, zeigt das Potenzial der SVP im Tessin auf. Hier liegt für 2007 ein Sitzgewinn in Griffnähe.

JA zur Verwahrungsinitiative

Die Volksinitiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter“, über die wir am 8. Februar abstimmen, will einen grösstmöglichen, dauerhaften Schutz der Gesellschaft vor unheilbaren und unbehandelbaren Straftätern sowie die Einführung restriktiver Entlassungsbedingungen.

Am 8. Februar 2004 gelangt die Initiative zur Abstimmung. Sie verlangt, dass eine Entlassung sehr gefährlicher, unheilbarer Straftäter nur geprüft werden soll, wenn durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse nachgewiesen ist, dass der Täter geheilt werden kann und künftig für die Allgemeinheit keine Gefahr mehr darstellt. Ferner sieht die Initiative vor, dass Gutachten zur Beurteilung von Sexual- und Gewaltstraftätern immer von zwei erfahrenen, voneinander unabhängigen Experten zu erstellen sind. Beurteilungen, ob ein Täter therapierbar ist oder nicht, sind jeweils umfassend vorzunehmen. Schliesslich sollen die Behörden für Rückfälle entlassener Täter verantwortlich gemacht werden können. Die Initiative zwingt die Politik und die Behörden endlich zum Handeln.

Sicherheit ist ein Recht

In den letzten Jahren geriet die innere Sicherheit immer öfter auf die politische Traktandenliste. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr sicher in der Schweiz. Vor allem schwere Delikte wie Mord, Vergewaltigung und Körperverletzung, aber auch Drohungen, Schlägereien und Diebstähle haben stark zugenommen. Die Befürchtungen der Bevölkerung können nicht einfach mit der Bemerkung abgetan werden, es handle sich um eine verfälschte Wahrnehmung oder gar um Hyste-

rie. Sie haben vielmehr eine konkrete Ursache: Die messbar ansteigende Zahl von Verbrechen, insbesondere von Gewaltdelikten.

Gemäss Kriminalstatistik haben die Straftaten letztes Jahr



um 11,6 % auf insgesamt über 300'000 zugenommen, was der höchsten Zuwachsrate seit 1982 entspricht. Starke Zunahmen verzeichneten insbesondere Drohungen, Tötungsdelikte, Veruntreuungen und Diebstähle. Eine massive Steigerung erfuhren auch Anzeigen wegen Delikten gegen die sexuelle Integrität sowie wegen Nötigung und Vergewaltigung. Brutale Gewalttätigkeit ist heute leider keine Ausnahme mehr.

Fauler Staat und lasche Justiz

Der Staat nimmt seine Aufgabe, die innere Sicherheit zu gewährleisten, nicht mehr richtig wahr. Die Gesetze und

Strafmasse werden nicht mehr konsequent umgesetzt. Die Schwere einer verschuldeten Tat und das Mass der Strafe stimmen oftmals nicht mehr überein. Das Gesetz hat seine abschreckende Wirkung weitgehend verloren. Das Strafrecht verkommt mehr und mehr zu einem blossen Erziehungs- und Resozialisierungsinstrument, das niemanden mehr beeindruckt. Der lasche Justizvollzug fasst die Täter mit Samthandschuhen an, während die Opfer die Leidtragenden sind. Hinzu kommt die Angst, dass ein Täter früher oder später wieder zuschlagen kann.



► Nationalrat Ulrich Schlüer, Flaach (ZH)

Bei der Verwahrung von extrem gefährlichen, nicht therapierbaren Straftätern weist das Strafrecht jedoch Lücken auf. Es besteht nämlich nach wie vor die Gefahr, dass Kinder und Frauen aufs Schwereste geschändet und ermordet werden können, weil extrem gefährliche Straftäter aufgrund von psychiatrischen Fehlprognosen Hafturlaub erhalten oder frühzeitig aus der Haft entlassen werden.

Dieser Missstand wird durch die Revision des Strafgesetzbuches noch verschärft: So müssen Gewaltverbrecher, die sich aufgrund ihrer Gefährlichkeit zur Zeit in Verwahrung befinden, aus der Verwahrung entlassen werden, wenn sie ein Verbrechen verübt haben, das mit unter zehn Jahren bestraft wird. Dies selbst dann, wenn sie hoch rückfallgefährdet sind.

Nur mit der Initiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter“ kann diese folgenschwere Lücke geschlossen werden. Deshalb gilt es diese Initiative zu unterstützen und alles daran zu setzen, dass in Zukunft kein Mensch mehr sein Leben verliert, weil ein extrem gefährlicher, nicht therapierbarer Sexual- oder Gewaltstraftäter zu früh entlassen wurde. ◀

Lückenhafter Strafvollzug

Jedem angehenden Straftäter muss bewusst sein, dass sein kriminelles Handeln rechtliche Konsequenzen haben wird. Die Strafverfolgung muss allen potenziellen Tätern Eindruck machen. Wir brauchen effiziente und rasche Verfahren. Recht und Ordnung müssen konsequent durchgesetzt und gewährleistet werden. Unsere Bevölkerung hat ein Recht auf Schutz und Sicherheit!

Die im Strafrecht vorgesehene Verwahrung soll die Gesellschaft vor dem unverbesserlichen Gewohnheitsverbrecher wirksam schützen.

Endlich handeln!

Das Gesundheitswesen muss für alle bezahlbar sein. Dies setzt eine tragbare Prämienlast für Familien sowie für Jung und Alt voraus. Dem jährlichen Prämienanstieg muss Einhalt geboten werden und die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist durch wirkungsvolle Massnahmen zu dämpfen.

Die politischen Debatten, die Diskussionen unter Fachleuten und die breite Berichterstattung in den Medien machen klar: Im Gesundheitswesen muss endlich etwas geschehen. Erstaunlich sind die Vielfalt und teilweise auch die Widersprüchlichkeit der Verbesserungsvorschläge. Der Handlungsbedarf ist wohl erkannt. Seit Jahren ist jedoch mehr oder weniger ein Treten an Ort festzustellen.

Jetzt gilt es deshalb, sich endlich auf das Wesentliche zu

konzentrieren und Prioritäten zu setzen. Überlegen wir uns, was wir im Rahmen der notwendigen medizinischen Grundversorgung wirklich benötigen. Es ist falsch, aufgrund des Obligatoriums die ganze Bevölkerung zu zwingen, sich so zu versichern, dass die Wünsche einiger Weniger umfassend erfüllt werden können.

Eine weitere Ursache für die Kostenentwicklung liegt eindeutig bei den finanziellen Anreizen, welche die Leis-

tungserbringer im Gesundheitswesen haben. So kommen heute sowohl Leistungserbringer wie Leistungsbezüger in Versuchung, auch medizinisch unnötige Leistungen zu Lasten der Allgemeinheit zu produzieren, beziehungsweise zu konsumieren. Daraus resultiert eine leichtsinnige und überbordende Beanspruchung des Gesundheitswesens und der verfügbaren Mittel.

Will jemand Geld ausgeben für medizinische Zusatzleistungen, ist dies seine Privatsache. Werden aber unnötige Leistungen erbracht und konsumiert, nur weil die Krankenkasse oder der Staat diese im Rahmen der Grundversicherung zahlen, ist das ein grundlegendes Problem des Systems. Auf die Dauer kann dies nicht aufgehen.



► Franziska Schlupe, Apothekerin Huttwil (BE)

Was ist in dieser Situation zu tun? Prioritär soll das Gesundheitsbewusstsein gefördert und somit der Bedarf nach Leistungen im Gesundheitswesen reduziert werden. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Prämien-senkungsinitiative der SVP. Gerade jetzt haben wir gute Chancen den Stimmbürger von unserer Initiative zu überzeugen. ◀



Die SVP hat eine harte, unangenehme Legislatur vor sich

Der Wahlsonntag 2003 brachte einen historischen Erfolg für die Schweizerische Volkspartei. Mehr als jeder vierte Schweizer hat der SVP die Stimme gegeben. Für die Stimmbürger ist klar: Die Defizitkoalition aus SP, FDP und CVP hat ihre Aufgaben nicht erfüllt. Nun ist die SVP gefordert: Die klare und konsequente Politik muss weitergeführt werden.

Das Wahlergebnis der SVP vom 19. Oktober ist historisch: Seit Jahrzehnten vermochte nie mehr eine Partei eine solche hohe Zahl von Wählern auf sich zu vereinigen. In solchen Situationen ist die Gefahr besonders gross, dass einzelnen Parteimitgliedern der Erfolg in den Kopf steigt. Schon am Montag erreichten uns die ersten e-mails: „Musste Ueli Maurer seinen Standpunkt im Fernsehen so aggressiv vertreten?“, „Müssten wir, jetzt wo wir so stark sind, nicht etwas gemässiger auftreten?“, „Jetzt ist fertig mit dem harten Ton, nun müssen wir uns anpassen!“, „Freut Euch doch auch - jetzt ist Zeit zum Feiern“ usw. usf.

Nein: Gerade jetzt ist weder Zeit zum Feiern noch Zeit für einen „gemässigten Auftritt“ oder gar eine „Anpassung“. Wir haben keine Zeit für Kasperlitheater. Gerade jetzt ist die SVP gefordert. Die Aufgabe für die neu gewählten Parlamentarier wird hart und unangenehm. Die Wähler haben uns nicht darum ihre Stimme gegeben, weil sie wollen, dass wir mit den anderen Parteien freundlich und entgegenkommend sind. Die Stimmbürger wählen nicht SVP, weil sie wollen, dass wir „gemässiger“ auftreten und uns „anpassen“. Nein: Wir haben den eindrücklichen Wahlerfolg der Tatsache zu verdanken, dass wir eben gerade nicht immer freundlich und gemässigt sind, sondern Klartext sprechen. Der Tatsache, dass wir die Probleme beim Namen nennen und Missstände schonungslos aufzeigen. Der Tatsache, dass wir eine geradlinige und konsequente Politik betreiben – auch in unangenehmen Momenten.

Dies gilt es nun durchzuziehen. Der Wahlkampf 2007 hat begonnen. Und es steht viel auf dem Spiel: nichts weniger als das Schicksal der Schweiz und die Glaubwürdigkeit der SVP. **Gregor A. Rutz, Generalsekretär**

Die neuen Mitglieder der SVP-Bundeshausfraktion



SVP Bern

Adrian Amstutz Sigriswil

50jährig, verheiratet, 3 Kinder, Unternehmer
Grossrat Kanton Bern (seit 1998)
Gemeindepräsident von Sigriswil 1993 – 1998

„Für mich steht im Moment ganz klar die Wahl des Bundesrates im Vordergrund. Ich setzte mich dafür ein, dass die SVP einen zweiten Sitz in der Regierung erhält. Zudem muss der überbordenden Staatsbürokratie endlich Einhalt gewährt werden.“



SVP Basel-Land

Christian Miesch Titterten

55jährig, verheiratet, 2 Kinder, Inhaber / Geschäftsführer
Miesch Elektromotoren AG, Gemeinderat Titterten (79 - 83),
Landrat (83 - 91), Präsident Verband Baselbieter Bürger-
gemeinden (88 - 99), Vorstand Schweiz. Verband der
Bürgergemeinden und Kooperationen, Nationalrat (91 - 95)

„Da ich bereits einmal vier Jahre im Nationalrat war, habe ich die Schnupperlehre hinter mir. Jetzt kann ich bestimmt mehr dazu beitragen, dass die Ideen der SVP wirklich durchkommen.“



SVP Freiburg

Jean-François Rime, Bulle

53jährig, verheiratet, 3 Kinder, Unternehmer

„Mein erstes Ziel ist es, mich gut zu integrieren und mich für KMU sowie eine starke Wirtschaft einzusetzen. Die Schweiz befindet sich zurzeit in einer schwierigen Situation. Sie muss ihre Interessen wieder vermehrt wahrnehmen.“



SVP Luzern

Felix Müri, Emmenbrücke

45jährig, verheiratet, 4 Kinder, Unternehmer, 1999 Grossrat
Kanton Luzern (Kantonsrat), Präsident SVP Luzern
Leitender Ausschuss SVP Schweiz

„Als Emmer engagiere ich mich vor allem in der Asyl- und Ausländerpolitik, damit diese effizient und konsequent umgesetzt wird. Ein zusätzliches Ziel ist es, die Schikanierungen der KMU einzudämmen.“



SVP Genf

André Reymond Veyrier

63jährig, verheiratet, 2 Kinder
seit 2 Jahren Grossrat (GE)

„Die Interessen von Genf stehen für mich im Vordergrund. Mein Ziel ist es, den Genfer Bürgern zuzuhören und ihre Meinung in Bern zu vertreten. Zudem müssen die Ideen der SVP besser durchgesetzt werden.“



SVP Genf

Jacques Pagan Genf

61jährig, ledig, Anwalt
seit 2001 Grossrat, Mitglied Zentralvorstand SVP Schweiz
Präsident SVP Genf

„Ich möchte vor allem die Forderungen der SVP in der Wahlplattform umsetzen. Dies bedeutet, mich für die Unabhängigkeit der Schweiz einzusetzen, die finanzielle Situation zu verbessern und die Freiheit der Bürger zu wahren.“



SVP Neuenburg

Yvan Perrin La Côte-aux-Fées

37jährig, ledig, Polizeiinspektor
Seit 2000 Gemeinderat
Seit 2001 Mitglied im Kantonsparlament
Präsident SVP Neuenburg

„Die Sanierung der Bundesfinanzen stehen für mich im Zentrum. Primäres Ziel ist es, die finanzielle Situation unseres Staates zu verbessern. Zusätzlich werde ich mich für die Asylinitiative und die innere Sicherheit einsetzen.“



SVP St. Gallen

Jasmin Hutter Altstätten

25jährig, ledig, Verkaufsleiterin
Kantonsrätin seit 2000
Mitglied der Staatswirtschaftlichen Kommission
Vorstandsmitglied der SVP-Fraktion im Grossen Rat

„Primäres Ziel ist es meine Politik, die ich bereits im Wahlkampf verfolgte, im Nationalrat klar und deutlich einzubringen. An erster Stelle steht für mich eine souveräne und freie Schweiz.“



SVP Solothurn

Walter Wobmann, Gretzenbach

46jährig, verheiratet, 3 Kinder, Technischer Kaufmann
Kantonsrat, Vizepräsident SVP Solothurn
Zentralvorstand SVP Schweiz
ehemaliger Gemeinderat von Gretzenbach

„Hauptsächlich möchte ich mich dafür einsetzen, die Fehler der letzten Jahre zu stoppen und die Richtung zu ändern. Besonders wichtig ist es mir dabei, die Situation der KMU zu verbessern und mich gegen die zunehmende, belastende Bürokratie zu wehren.“



SVP Schwyz

Pirmin Schwander Lachen

42jährig, verheiratet, 2 Kinder, Unternehmer
1996 Geschäftsleitung SVP Schwyz
2000 Präsident SVP Schwyz
2003 Vizepräsident AUNS

„Ich möchte, dass Parlament und Bundesrat echte bürgerliche Politik machen. Dies bedeutet für mich, dass Christoph Blocher in den Bundesrat gehört. Zudem muss das EU-Gesuch endlich zurück gezogen werden.“



SVP Waadt

Guy Parmelin Bursins

44jährig, verheiratet, Landwirt
7 Jahre im Gemeinderat
Seit 1994 im Kantonsrat
Präsident SVP Waadt

„Ich möchte mich für die Interessen der Sozialversicherungen, wie AHV, IV oder Krankenkasse einsetzen. Zusätzlich ist es mir ein Anliegen, die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft zu verbessern.“



SVP Waadt

Pierre-François Veillon Les Plans-sur-Bex

53jährig, geschieden, 3 Kinder
Ingenieur EPFZ (ETH), alt Regierungsrat

„Ich denke, dass mit dieser Wahl sehr viel Arbeit auf mich zukommt, die ich auch gerne annehmen werde. Im Speziellen sehe ich mein Ziel darin, mich für die Wirtschaft einzusetzen sowie die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten.“

SVP will es noch einmal wissen

(SVP) In den Kantonen Schwyz, Waadt und Neuenburg tritt die SVP am 9. November zum 2. Wahlgang der Ständeratswahlen an. Der Anspruch der SVP auf einen Ständerats-sitz ist in all diesen Kantonen legitimiert.

Die SVP hat in den Nationalratswahlen einen historischen Sieg errungen. Nachdem die Schwäche von CVP und FDP offenbar geworden ist, könnte sich der Erfolg nun auch im Stöckli fortsetzen. Allerdings tun sich die Mitteparteien bei den Ständeratswahlen ebenso schwer, ihre Sessel zu räumen, wie im Bundesrat. Es wird an den Wählerinnen und Wählern sein, dieses Verhalten entsprechend zu quittieren.

Im Kanton Schwyz ist die SVP mit einem Wähleranteil von über 40 % die führende Partei. Sie erhebt daher mit dem ehemaligen Kantonsrats-

präsidenten Alex Kuprecht Anspruch auf einen Ständeratssitz. Im ersten Wahlgang erreichte Kuprecht ungefähr gleich viel Stimmen wie der Freisinnige Johann Späni. Bereits im ersten Wahlgang gewählt wurde der Bisherige CVP-Ständerat Bruno Frick. Für die SVP wird es nicht einfach, den Sitz zu gewinnen, da die linken Wähler eher die FDP unterstützen werden.

In der Waadt ist die Ausgangslage völlig offen. Im ersten Wahlgang wurde niemand gewählt und fast alle Kandidaten treten zum zweiten Wahlgang an. Nachdem die SVP

bei den NR-Wahlen zweitstärkste Partei wurde und FDP wie auch Liberale hinter sich liess, ist es zu bedauern, dass diese Parteien ihre Kandidaturen aufrechterhalten. Ziemlich schräg in der Landschaft steht die Ständeratskandidatur von Jacques Neyrincq aus der CVP, der als Nationalrat abgewählt wurde. Seine Partei kam gerade noch auf 4.4 %. Die SVP geht mit Nationalrat André Bugnon in den zweiten Wahlgang.

In Neuenburg schliesslich wurde im ersten Wahlgang der Bisherige SP-Ständerat Jean Studer gewählt. Als stärkste bürgerliche Partei des Kantons wird die SVP ihren Anspruch auf einen Ständerats-sitz aufrechterhalten. Sie zieht mit Pierre Hainard in die Wahlen.

Wird Linke profitieren?

Es ist zu bedauern, dass sich die bürgerlichen Parteien bei Majorzwahlen wie der Ständeratswahl oder Regierungsratswahlen vielerorts verzetteln, indem sie auf ein gemeinsames Vorgehen verzichten. Grund ist die Ausgrenzung der SVP durch die FDP, die CVP und die Liberalen. Durch die Verweigerung des Anspruches der SVP nehmen diese Parteien bewusst in Kauf, dass Sitze vermehrt der Linken zukommen, so wie es zum Beispiel bei den Regierungsratswahlen dieses Jahr in Zürich und Solothurn vorgekommen ist. Es ist nicht auszuschliessen, dass auch bei den Ständeratswahlen vom 9. November die Linke davon profitieren wird. ◀



SVP Wallis

Oskar Freysinger Savièse

34jährig, verheiratet, 3 Kinder, Gymnasial-Lehrer
4 Jahre im Gemeinderat
3 Jahre Kantonsrat

„Mein erstes Ziel ist die Verteidigung der Interessen der Randregionen. Ich setze mich dafür ein, dass die Bergbauern nicht aussterben. Da die grossen Ballungszentren immer mehr das Sagen haben, werde ich mit lauter Stimme meine Region und meinen Kanton vertreten.“

Impressum SVPja

Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung
Simon Glauser, glauser@svp.ch
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85

Postadresse:
Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:
Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:
Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:
Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:
siehe Adresse "Druck"

Der neue Subaru Justy AWD. Erster Mini-SUV der Welt.

DER KLEINE ALLESKÖNNER.

Permanenter AWD	4-Zylinder-Reihenmotor
1328 ccm oder 1490 ccm	5 Gänge
92 PS (69 kW) oder 99 PS (73 kW)	
Variable Ventilsteuerung	
ABS mit elektronischer Bremskraftverteilung	
Fahrer-, Beifahrer- und Seiten-Airbags vorne	
Aktive Kopfstützen, Gurtstraffer mit Gurtkraftbegrenzer v.	
Isofix-Kindersitzverankerungen	
Multifunktions-Info-Display	Zentralverriegelung
Servolenkung	Radio-CD-Gerät mit 6 Lautsprechern
377 cm kurz, 5 Türen (Heckklappe bis Stossstange)	
Bodenfreiheit 17 cm	Dachreling
Verbrauch gesamt l/100 km: 6,9 l (1.3), 7,2 l (1.5)	
Ab Fr. 19'500.- netto (G3X Justy 1.3 AWD)	
Weitere Infos unter www.subaru.ch	



Energieeffizienz-Kategorie D, CO₂ g/km: 166 (1.3)/172 (1.5), Verbrauch gesamt l/100 km: 6,9 l (1.3)/7,2 l (1.5)



G3X JUSTY AWD, 5-türig
Abb.: 1,3 l, 92 PS,
Fr. 19'500.- netto



IMPREZA AWD, 4-/5-türig
Abb.: 1,6 l, 95 PS, 5-türig,
Fr. 24'300.- netto



FORESTER AWD, 5-türig
Abb.: «Advantage», 2,0 l, 125 PS,
Fr. 28'800.- netto



LEGACY AWD, 4-/5-türig
Abb.: 2,0 l, 137 PS, 5-türig,
Fr. 29'900.- netto



OUTBACK AWD, 5-türig
Abb.: 2,5 l, 165 PS,
Fr. 39'900.- netto



SUBARU
Active Driving, Active Safety



SVP legte auch in der Deutschschweiz überall zu

Bei den Nationalratswahlen legte die SVP in allen Kantonen zu. Zwar fielen die Resultate in der Deutschschweiz nicht so spektakulär aus wie in der Westschweiz, doch war der Zuwachs auch hier grösser als erwartet. Die SVP wurde in 9 der 16 Deutschschweizer Kantone, in denen sie antrat, zur stärksten Partei und legte im Nationalrat um insgesamt 4 Sitze zu.

Der gesamtschweizerische Wähleranteil der SVP ist seit 1991 (11.9 %) stetig angestiegen. 1995 auf 14.9 %, 1999 mit einem massiven Gewinn auf 22.5 % und 2003 noch einmal um über 4 % auf 26.6 %. Letztmals erreichte 1955 eine Partei ein besseres Ergebnis. Seit Einführung der Zaubersformel war also nie mehr eine Partei stärker als die SVP im Jahr 2003.

en, und zwar in allen Kantonen. Am meisten legte die SVP im Baselbiet zu (+ 8.5 %), wo sie neu stärkste Partei wurde. Nachdem die SVP BL bei den Landratswahlen im April 03 die FDP überholt hatte, liess sie nun auch noch die SP hinter sich. Die Knochenarbeit an der Basis wurde mit dem zweiten Nationalratssitz belohnt.

43.6 % wurde die SVP Schwyz stärkste Kantonalsektion aller Parteien, zumindest was die Kantone mit mehr als einem Nationalratssitz betrifft. In Zug wurde die SVP nicht zuletzt dank einer starken JSVP-Liste neu zur wählerstärksten Partei.

In 6 Kantonen Sitzgewinne

Der erneute Schub beim Wähleranteil konnte in mehrere Sitzgewinne umgemünzt werden. Ausser in BL wurde in den Kantonen SG, LU, SO, AG und SZ ein zusätzlicher

Kandidatin, die so knapp das Rennen machte. Freund war seit 1995 im Nationalrat und engagierte sich stark in der Sicherheitspolitik. Sein Engagement und sein Appenzeller Schalk werden in der Fraktion fehlen. In Zürich konnte die SVP den 13. Sitz, der 1999 dank Proporzglück geholt wurde, trotz leichtem Wählergewinn nicht halten.

Nach den Wahlen 1999, als die SVP 7.5 % Wähleranteile gewann, wurde ihr allgemein prophezeit, sie würde die Gewinne gleich wieder verlieren. Der SVP-Gewinn wurde despektierlich mit „Flugsand“

Erfolg auch bei den Ständeräten

Alle 6 SVP-Ständeräte, die sich am 19. Oktober der Wiederwahl stellten, wurden im ersten Wahlgang bestätigt (Hans Hofmann ZH, Hannes Germann SH, Hermann Bürgi TG, Maximilian Reimann AG, Hans Lauri BE und This Jenny GL). Im zweiten Wahlgang treten SVP-Kandidaten in den Kantonen Schwyz (Alex Kuprecht), Waadt (André Bugnon) und Neuenburg (Pierre Hainard) an. Der Bündner Christoffel Brändli wurde bereits letztes Jahr für eine weitere Amtsperiode gewählt.

Sitz besetzt. Im Kanton Schwyz sicherte sich die SVP das Zusatzmandat, das dem Kanton aufgrund der Volkszählung zukam. In allen anderen Kantonen mit SVP-Sitzgewinn verlor die CVP einen Sitz.

klein geredet. Doch mit solchen frommen Wünschen ist der SVP nicht beizukommen.

SVP-Dominanz bestätigt

Die SVP hat sich in den Wahlen 2003 als dominierende Kraft im bürgerlichen Lager etabliert. Mit einer anhaltend starken SVP ist nunmehr in der ganzen Schweiz zu rechnen.

Yves Bichsel
Pressesprecher

Danke Köbi!

Leider mussten in zwei Kantonen Sitzverluste verzeichnet werden. In Appenzell Auser rhoden, das nach der Volkszählung nur noch einen Sitz beanspruchen kann, schaffte der Bisherige Jakob Freund trotz höherem Wähleranteil als 1999 die Wiederwahl zum grossen Bedauern nicht. Viele linke Wähler gaben offenbar ihre Stimme der FDP-

Ebenfalls stark wuchs die SVP in den Kantonen Schwyz (+ 7.7 %) und Thurgau (+ 7.7 %). In diesen beiden Kantonen erreichte sie einen Wähleranteil von über 40 %, was für hiesige Verhältnisse höchst aussergewöhnlich ist. Mit

Basel-Land mit grösstem Zuwachs

Der Gewinn bei den Wahlen 03 ist vor allem auf die erdrutschartigen Erfolge in der Westschweiz zurückzuführen. Doch auch in der Deutschschweiz konnte die SVP ihren Wähleranteil weiter ausbauen,

SZ und TG bei über 40 %

Kanton	% 1999	% 2003	Sitze 99	Sitze 03
ZH	32.5	33.4	13	12
BE	28.6	29.6	8	8
LU	22.8	22.9	2	3
UR	-	31.3	-	-
SZ	35.9	43.6	1	2
OW	-	33.7	-	-
ZG	21.4	27.7	1	1
SO	18.6	22.4	1	2
BS	13.6	18.6	1	1
BL	18.0	26.5	1	2
SH	26.0	28.5	-	-
AR	37.5	38.3	1	-
SG	27.6	33.1	3	4
GR	27.0	33.9	2	2
AG	31.8	34.6	5	6
TG	33.2	40.9	3	3

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre
„Das Erfolgsgeheimnis“
gibt Auskunft. Sofort anfordern!
Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland



Achtungserfolg für erste Auslandschweizerliste

SVP International ist als erste Partei mit einer eigenen Auslandschweizerliste ins Rennen gestiegen. Die Kandidatur erregte im Vorfeld der Wahlen Aufmerksamkeit und bescherte beträchtliche Medienpräsenz. Die Liste trug damit zum Gesamterfolg der SVP bei.

Das Ergebnis der ersten reinen Auslandschweizerliste fiel bescheiden aus. Dies war in Anbetracht des Wahlmodus, der die Auslandschweizer an einen Kanton bindet, zu erwarten. Die Kandidaten Rolf Schudel, Thomas Daetwyler, Gerold Frey, Bruno Kaspar, Ludwig Mohler, Walter Müller und Edgar Studer dürfen aber mit den erreichten 2000 Stimmen für ihre Liste zufrieden sein.

Die Detailanalysen der Wahlen werden zeigen, ob es mit der Liste und der Wahlplatt-

form gelungen ist, die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zu erreichen.

Mehr Auslandschweizer wählen SVP

SVP International ist auch nach den Wahlen entschlossen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und mit dem Vorurteil endgültig aufzuräumen, das SVP-Programm käme ausserhalb der Landesgrenzen nicht gut an. Erfreulicherweise verzeichnet SVP

International seit dem Wahlkampf eine beträchtliche Anzahl von neuen Mitgliedern aus aller Welt. In Thailand wurde inzwischen gar eine eigene Sektion SVP Pattaya gegründet.

Mehr SVP in der 5. Schweiz

Der eingeschlagene Weg ist nun weiterzugehen. Ziel ist es, in jedem Kontinent mehrere SVP-Sektionen zu gründen und auf diese Weise möglichst viele Schweizerinnen und Schweizer im Ausland direkt darüber zu informieren, wo die Probleme des Heimatlandes liegen und wie die SVP diese lösen will. SVP International tritt den Beweis an, dass Weltoffenheit keinen Gegensatz zu Neutralität und Unabhängigkeit darstellt. Wir set-



► Rolf B. Schudel, Präsident SVP International

zen uns ein für eine starke, selbstbewusste Schweiz, die den anderen Staaten der Welt ein verlässlicher Partner ist. Wer für die Zukunft der Schweiz in Wohlstand und Frieden einsteht, der wählt SVP, im In- und Ausland. ◀

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Bestellung SVP Shop

SVP Polo-Shirts:

Die Geschenk-Idee!

..... Expl. Polo-Shirt	dunkelblau	Grösse	(S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Polo-Shirt	weiss	Grösse	(S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt			Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox			Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber			Fr. 6.--
..... Expl. Jass	deutschschweizer Karten	franz. Karten		Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück			Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber				Fr. 2.50
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar			Fr. 5.--
..... Expl. Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m			Fr. 100.--



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch



Staatsinformation oder Behördenpropaganda?

In früheren Zeiten überliessen die Behörden die Willensbildung dem freien Spiel der politischen Kräfte. Mit der EWR-Abstimmung von 1992 änderte sich das: Der Bundesrat versuchte damals mit einer wahren Propagandakampagne, das Volk zur Annahme der Vorlage zu bewegen.

Seither hat der Bundesrat regelmässig im Vorfeld von Volksabstimmungen Propagandakampagnen geführt oder unterstützt, um die Stimmentenden zu einem bestimmten Abstimmungsverhalten zu bewegen.

Meist keine triftigen Gründe

Art. 34 Abs. 2 der Bundesverfassung (BV) garantiert bei Volksabstimmungen die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe. Nach der Praxis des Bundesgerichts sollen die Behörden grundsätzlich nicht in den Abstimmungskampf eingreifen, sondern nur dann, wenn dafür triftige Gründe vorliegen. Kein triftiger Grund ist die Absicht, die Stimmbürger zur Annahme einer Abstimmungsvorlage zu bewegen. Im Vorfeld einer Volksabstimmung müssen die Behörden jegliche Beeinflussung unterlassen, um der Bevölkerung eine unabhängige Entscheidung zu ermöglichen. Allerdings kann das Bundesgericht bisher nur das Verhalten kantonalen Behörden überprüfen. Für den Bundesrat müssen aber die gleichen Regeln gelten. Art. 34 BV gilt für Bund und Kantone gleichermaßen.

Die Demokratie basiert auf der Volkssouveränität. Das Volk ist der Regierung übergeordnet. Die Aufgabe der Regierung besteht nicht darin, die Gesellschaft auf ein be-

stimmtes Ziel hin zu führen und dafür zu sorgen, dass in Volksabstimmungen das „richtige“ Ergebnis zustande kommt. In einer Demokratie sind nämlich alle Menschen gleichberechtigt und deshalb alle Meinungen gleichwertig. Es gibt nicht „richtige“ und „falsche“, sondern einfach unterschiedliche politische Meinungen. Die Auffassung, die Meinung der Regierung sei die richtige und es gehe in der Volksabstimmung nur noch darum, dieser Meinung zum Durchbruch zu verhelfen, ist im Ansatz undemokratisch. Sie stellt das Verhältnis zwischen Volk und Regierung auf den Kopf und entspricht einem autoritären Führerstaat.

Vom Volk gefällte Entscheide

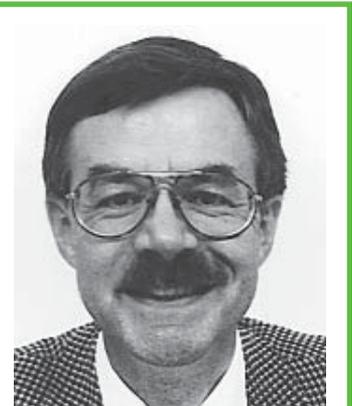
Wenn der Bundesrat im Abstimmungskampf als Partei auftritt und für die seines Erachtens „richtige“ Meinung kämpft, dann wird die Volksabstimmung zwangsläufig zu einem Plebiszit für oder gegen den Bundesrat. Dies entspricht nicht unserem staatsrechtlichen System. In einer Volksabstimmung geht es nicht um Sieg oder Niederlage für die Regierung, sondern um Sachentscheide. Der schweizerische Bundesrat ist nicht eine parlamentarische Regierung, die zurücktritt, wenn sie das Vertrauen des Volkes verloren hat. Er ist auf

eine feste Amtszeit gewählt und muss die vom Volk gefällten Entscheide durchführen, egal ob sie ihm persönlich behagen oder nicht. Hat er nun im Abstimmungskampf für diejenige Seite Partei ergriffen, welche in der Abstimmung verliert, so kann er nicht glaubhaft und mit der nötigen Autorität den Volksbeschluss vollziehen. Jedenfalls wird die obsiegende Mehrheit kein Vertrauen haben, dass der Bundesrat verfassungskonform das Abstimmungsresultat respektieren und durchsetzen wird. Dadurch sinkt generell das Vertrauen in den Bundesrat.

In die Opposition gedrängt

Zudem gibt es im schweizerischen Konkordanzsystem nicht ein Regierungslager, welches eine einheitliche Politik vertritt. Sachfragen sind von der Frage der Regierungszusammensetzung gelöst. Es ist deshalb systemfremd, den Abstimmungskampf als Kampf des Regierungslagers gegen die «Opposition» zu betrachten. Die vermehrte Propagandatätigkeit des Bundesrates führt jedoch dazu, dass diejenigen, die anderer Meinung sind als der Bundesrat, ausgegrenzt und in eine Oppositionsrolle gedrängt werden, die es in einem Konkordanzsystem eigentlich gar nicht gibt. Damit entsteht ein Stil der politischen Auseinandersetzung, der nicht zu einem Konkordanzmodell passt.

Als Folgerung ergibt sich: Der Bundesrat hat in Volksabstimmungen nicht seine eigenen politischen Ziele gegenüber dem Volk durchzusetzen, sondern er muss möglichst faire Rahmenbedingungen schaf-



Kurzportrait

Prof. Dr. iur. Hansjörg Seiler, Fürsprecher, Münsingen, Jahrgang 55, verheiratet, 2 Töchter. Jus-Studium in Bern, 1982 Fürsprecher, 1986 Dr. iur., 1993 Habilitation für Staats- und Verwaltungsrecht. Tätigkeit in der Bundesverwaltung, an der ETH Zürich und als Gerichtsschreiber am Bundesgericht seit 1999 nebenamtlicher Bundesrichter seit 2000 Verwaltungsrichter im Kanton Bern seit 2001 nebenamtlicher Professor für öffentliches Recht an der Universität Luzern, Mitglied Kantonalvorstand SVP Kanton Bern

fen, damit eine freie, unverfälschte Willenskundgabe der Bürger möglich ist. Er darf sich deshalb nicht als Partei im Abstimmungskampf sehen, sondern soll objektiv und unvoreingenommen die möglichen Alternativen und deren Vor- und Nachteile darstellen. Gleichzeitig darf er keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass alle Meinungen gleichermaßen legitim sind und dass er den Entscheid des Volkes - egal wie er ausfällt - unbedingt akzeptiert und bestmöglich durchsetzt. ◀



Blocher und Schmid in den Bundesrat!

In der schwierigen Situation unseres Landes müssen die wichtigsten politischen Kräfte nach den Regeln der Konkordanz im Bundesrat vertreten sein. Die SVP erhebt daher Anspruch auf einen zweiten Sitz im Bundesrat. Ihre Kandidaten sind Bundesrat Samuel Schmid und Nationalrat Christoph Blocher.

Seit über 10 Jahren kommt die Schweiz wirtschaftlich kaum vom Fleck. Das fehlende Wirtschaftswachstum hat gravierende Auswirkungen auf die öffentlichen Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Stark leiden die Sozialversicherungen: Die IV ist nicht mehr finanzierbar, die 2. Säule leidet an Unterdeckung, die EO soll demnächst für die Mutterschaftsversicherung geplündert werden. Überall kumulieren sich die Defizite, die Schulden steigen ins Unermessliche. Staats- und Steuerquote geben zu grösster Besorgnis Anlass.

Ungeklärt ist das Verhältnis zur EU. Einerseits verhandelt die Schweiz bilateral, angeblich ohne Zusammenhang zum EU-Beitritt, den der Bundesrat immer noch zum Ziel hat. Andererseits und trotz haushoher Ablehnung der EU-Initiative im März 2001 liegt in Brüssel ein Beitritts-gesuch der Schweiz. Zudem nehmen Asylmissbrauch und illegale Einwanderung bedrohliche Ausmasse an.

Wahlen ernst nehmen

In einer solch schwierigen Situation ist es ratsam, die grossen politischen Kräfte gemäss ihrer Wählerstärke in den Bundesrat einzubinden und so in die Verantwortung zu nehmen. Die grossen Parteien müssen die Probleme miteinander lösen. Soll das Ergebnis der Wahlen vom

19. Oktober ernst genommen und die Demokratie respektiert werden, ist die klassische Aufteilung der sieben Bundesratssitze - je zwei Sitze für die drei grössten Parteien und einen Sitz für die viertgrösste Partei - die einzige Möglichkeit.



Nach diesem Schlüssel hat die SVP als einst kleinste Bundesratspartei jahrzehntelang Verantwortung mitgetragen.

SVP auf Wahlplattform verpflichtet

Für die Vertretung der SVP im Bundesrat bedeutet dies, dass unser Gedankengut und unsere politischen Ziele mit aller Konsequenz eingebracht werden müssen. Daher kommen nur Kandidaten in Frage, die sich voll hinter die Wahlplattform der SVP stellen. In dieser Wahlplattform ist das Mandat des Volkes an die SVP festgeschrieben. Auf dieses Programm verpflichten uns unsere Wähler, aus Re-

spekt vor ihnen müssen wir es mit aller Kraft umzusetzen anstreben. Nur mit einer konsequenten Umsetzung besteht Gewähr, dass sich unser Land zum Besseren ändert. Zur Festlegung des Vorgehens der SVP bei den Bundesratswahlen hat der Leitende Ausschuss an seiner Sitzung vom 25. September eine Strategiekommission eingesetzt. Mitglieder dieser Kommission waren Ueli Maurer als Parteipräsident, die Vizepräsidenten Jean Fattebert und Toni Brunner, die Präsidenten der zwei grössten Kantonalpar-

teien, Christoph Blocher und Hermann Weyeneth sowie ich selber als Fraktionspräsident.

Einigkeit in Strategiekommission

Die Strategiekommission hat sich einstimmig auf folgende Strategie festgelegt:

1. Die SVP steht zur echten Konkordanz.
2. Die SVP fordert einen zweiten Bundesratssitz.
3. Die Kandidaten der SVP sind Bundesrat Samuel Schmid und Nationalrat Christoph Blocher.
4. Für den Fall, dass das Parlament die beiden von der Fraktion vorgeschlagenen

Kandidaten nicht wählt, andere wählt oder einen wählt, geht die SVP in die Opposition. Allfällig Gewählte, welche ihr Amt annehmen, sind nicht mehr Fraktionsmitglieder.

Nach 4 Jahren Untervertretung - mit einem Bein in der Regierung, mit einem Bein in der Opposition - ist eine Klärung der Situation unabdingbar. Die anderen Parteien müssen sich entscheiden, ob sie mit der SVP oder gegen die SVP regieren wollen.

Der Fraktionsvorstand hat an seiner Sitzung vom 20. Oktober diese Strategie einstimmig unterstützt. Auch der Präsident der SVP Bern war an dieser Sitzung anwesend und hat zu Händen des Protokolls sein ausdrückliches Einverständnis mit der ganzen Strategie abgegeben. Die Fraktion hat dieses Vorgehen am 24. Oktober ebenfalls beschlossen und Samuel Schmid sowie Christoph Blocher als Kandidaten nominiert.

SVP mit historischem Wahlergebnis

Die SVP hat bei den Wahlen mit 26.6 Prozent Wähleranteil ein historisches Ergebnis erzielt. Letztmals war vor einem halben Jahrhundert eine Partei noch stärker. Die SVP hat heuer zum vierten aufeinander folgenden Mal die Wahlen gewonnen und ihre Sitzzahl dabei mehr als verdoppelt. Angesichts des grossen Vertrauens, das das Volk der SVP ausgesprochen hat, wäre es für unser Land eine denkbar schlechte Lösung, diese Partei von der Regierung auszuschliessen. ◀

**Nationalrat Caspar Baader,
Fraktionspräsident SVP**